

Krakauer Zeitung.

Nr. 68.

Samstag, den 22. März

1862.

Die „Kraakauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnementspreis: für Krakau 4 fl. 20 Kr., mit Versendung 5 fl. 25 Kr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Kr. berechnet. — Inserationsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Zeile für 9 Kr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Kraakauer Zeitung“ (Großer Ring N. 39). Zusendungen werden franco erbeten. Redaction: Nr. 423 an den Planten. Expedition: Großer Ring Nr. 41.

VI. Jahrgang.

Einladung zur Pränumeration auf die „Kraakauer Zeitung“

Mit dem 1. April 1862 beginnt ein neues vierzehnjähriges Abonnement unseres Blattes. Der Pränumerationspreis für die Zeit vom 1. April bis Ende Juni 1862 beträgt für Krakau 4 fl. 20 Kr., für auswärtig mit Inbegriff der Postzusendung, 5 fl. 25 Kr. Abonnements auf einzelne Monate werden für Krakau mit 1 fl. 40 Kr., für auswärtig mit 1 fl. 75 Kr. berechnet.

Bestellungen sind für Krakau bei der unterzeichneten Administration, für auswärtig bei dem nächst gelegenen Postamt des In- oder Auslandes zu machen.

Die Administration.

Amtlicher Theil.

Allerunterthänigster Vortrag

der treuehorsaamsten Staatsschulden-Commission vom 30. December 1861, S. 125, über die Angelegenheiten des Staatsschuldenwesens zu Ende des ersten Semesters 1861.

Su. Majestät!

Die treuehorsaamste Staatsschulden-Commission hat den ihr von der k. l. Direction der Staatsschuld mit Bericht de dato 24. September 1861, S. 2827, vorgelegten Stand der allgemeinen Staatsschuld zu Ende des ersten Semesters 1861 durch Vergleichung mit den für dieselbe Periode von den betreffenden Buchhaltungen gelieferten und genau untersuchten Ausweisen gemäß der Bestimmung des Allerhöchsten Patentes vom 23. December 1859 (S. 11) eindringlichst geprüft, die hiedurch erzielten Ergebnisse unter der detaillirten Bezeichnung aller hierauf bezüglichen Veränderungen übersichtlich zusammengestellt und in gleicher Art auch die lombardisch-venetianische, dann die gesammte Grundentlastungsschuld aufgenommen.

Geruhen Su. Majestät aus der hier ehrerbietigst beigegebenen Zusammenfassung allergnädigst zu entnehmen, daß von der österreichischen Staatsschuld nach ihrem Nennwerthe zu Ende April 1861 factisch bestanden:

I. Ohne Capitalsrückzahlung:

a) die ältere Schuld

mit 75,443,054 fl. 19¹⁰/₁₀₀ Kr. theils in Wiener W. verzinslich, theils un- verzinslich und

mit 15,163,300 fl. in Conv.-Münze verzinslich und verzinslosbar.

b) die neuere Schuld

mit 1,573,071,069 fl. 10¹⁰/₁₀₀ Kr. in Conv.-Münze und

mit 80,943,254 fl. 34 Kr. in österr. Währ.

II. Gegen festgesetzte Rückzahlung:

mit 1,867,898 fl. 49 Kr. in Wiener Währung,

mit 146,205,614 fl. 58 Kr. in Conv.-Münze und

mit 100,087,606 fl. 74¹⁰/₁₀₀ Kr. in österr. Währung, endlich die schwebende Staatsschuld

mit 374,280,020 fl. 28 Kr. in österr. Währ.

Diese vorbezeichneten allgemeinen Staatsschulden ergeben auf ein hundertprocentiges Capital in österreichischer Währung umgerechnet eine Gesammtsumme von 2,335,059,544 fl. 35¹⁰/₁₀₀ Kr., welche sich durch Abrechnung des ebenfalls nachgewiesenen Activo-Vermögens der Staatsschuldencasse zusammen von

2,234,327 fl. 49¹⁰/₁₀₀ Kr. vermindert und daher noch

2,332,825,216 fl. 86 Kr. beträgt.

Die Schuld des lombardisch-venetianischen Königreichs bezifferte sich am 30. April 1861 nach dem Nennwerthe:

I. Ohne Capitalsrückzahlung

auf 28,022,078 fl. 25¹⁰/₁₀₀ Kr. in Conv. Münze.

II. Gegen festgesetzte Capitalsrückzahlung

auf 9,988,855 fl. 26 Kr. in Conv. Münze

auf 30,000,000 fl. — Kr. in österr. Währung, endlich die schwebende Schuld

auf 807,611 fl. 7¹⁰/₁₀₀ Kr. österr. Währung, und es stellt sich deren Gesammtsumme auf ein Spere. Capital in österr. Währung umgerechnet auf

70,634,274 fl. 85¹⁰/₁₀₀ Kr.

wovon nach Abzug des Activo-Vermögens des lombardisch-venetianischen Amortisationsfondes im Betrage

von 4,182,782 fl. 95 Kr.

sonach 66,451,491 fl. 90¹⁰/₁₀₀ Kr.

als eigentliche Schuld verbleiben.

Endlich waren bis Ende April 1861 von der sämmtlichen Grundentlastungsschuld Obligationen im Capitalbetrage von 494,813,450 fl. Conv. Münze oder 519,554,122 fl. 25 Kr. österr. Währung im Umlaufe, unter welcher Summe jedoch auch jene Grundentlastungs-Obligationen im Gesammtbetrage von 30,211,100 fl. 65¹⁰/₁₀₀ Kr. inbegriffen sind, welche zur Bedeckung der aus dem Staatskassenschatz schon dormal zu verzinsenden, seinerzeit aber an die betreffenden Grundentlastungsfonde rückzahlenden und deshalb in der schwebenden Staatsschuld einbezogenen Laudemial-Entschädigungscapitalien dienen.

Aus der Vergleichung der im ersten Semester 1861 stattgefundenen Vermehrung der Staatsschuld um 58,765,272 fl. 38¹⁰/₁₀₀ Kr. mit der gleichzeitigen Gesammtverminderung von 11,777,542 fl. 11¹⁰/₁₀₀ Kr. ergibt sich gegenüber dem zu Ende October 1860 nachgewiesenen Stande, daß seit dieser Zeit bis 30. April 1861 die allgemeine Staatsschuld um 46,987,730 fl. 26¹⁰/₁₀₀ Kr. und mit Rücksicht auf die während des ersten Semesters 1861 eingetretene Verminderung des Activo-Vermögens der Staats-Depositenkassen um 9,116 fl. 53¹⁰/₁₀₀ Kr., sonach im Ganzen um 46,996,846 fl. 80¹⁰/₁₀₀ Kr. österr. Währung größer geworden ist.

Von dem vorbezeichneten Zuwachse von 58,765,272 fl. 38¹⁰/₁₀₀ Kr. entfallen:

a) auf die nicht rückzahlbare Schuld in österr. Währung 4,133,951 fl. 70¹⁰/₁₀₀ Kr. aus der Conversion der unter 5 pCt. verzinslichen Conv.-Münze-Obligationen, dann aus der Verwechslung der verlosenen 2¹/₂ pCt. Obligationen der älteren Staatsschuld, endlich aus der Liquidirung von Entschädigungs-Capitalien für eingezogene Consumtions-Gefälle;

b) auf die rückzahlbare Schuld in österr. Währung 43,735,097 fl. 77 Kr. in Folge der Veräußerung von Obligationen des in England negociirten Anlehens vom Jahre 1859, ferner der Einzahlungen auf das Staats-Lotto-Anlehen vom Jahre 1860 und auf das Steuer-Anlehen vom 18. Jänner 1861; endlich

c) auf die schwebende Staatsschuld 10,896,222 fl. 90¹⁰/₁₀₀ Kr. durch die Ausgabe von Münzschneiden und Vermehrung der Hypothek-Anweisungen.

Die Verminderung, welche im ersten Semester 1861 eingetreten ist, beträgt:

a) bei der älteren verlosbaren, theils in Wiener Währung, theils in Conv.-Münze verzinslichen Staatsschuld 5,211,980 fl. 80¹⁰/₁₀₀ Kr. in Folge der patentmäßigen Verlosungen,

β) bei der nicht rückzahlbaren Conv.-Münze-Schuld 430,333 fl. 82¹⁰/₁₀₀ Kr. durch die Conversion in österreichischer Währung-Obligationen,

γ) bei der rückzahlbaren theils in Conv.-Münze, theils in Wiener Währung verzinslichen und unverzinslichen Schuld 6,135,227 fl. 49 Kr. in Folge der hiedurch geleisteten Abstattungen, daher im Ganzen die vorgedachte Summe von 11,777,542 fl. 11¹⁰/₁₀₀ Kr.

Bei der gesammten Schuld des lombardisch-venetianischen Königreichs ergab sich während der Zeit vom 1. Novbr. 1860 bis 30. April 1861 eine Verminderung im Ganzen um 424,862 fl. 24¹⁰/₁₀₀ Kr. österreichische Währung.

Dagegen erhöhte sich in der obgenannten Zeit die ganze Grundentlastungsschuld (nach Abschlag der für Laudemial-Entschädigung ausgegebenen Grundentlastungs-Obligationen um) 6,210,878 fl. 78¹⁰/₁₀₀ Kr. durch die Befriedigung der Bezugsberechtigten.

Nach dem Ausweise der Credit-Hofbuchhaltung differirten sich zu Ende April 1861 bei der Staats-Central-Casse die Rückstände an Interimseinnahmen, und zwar:

a) in Barem und geldvertretenden Papieren zusammen auf 10,650,867 fl. 18 Kr.

b) in Obligationen auf 6,180,449 fl. 83 Kr.

daher zusammen auf 16,831,317 fl. 1 Kr.

dagegen an Interimsausgaben:

a) in Barem und geldvertretenden Papieren:

1. bei Staatscassen auf 4,448,027 fl. 7¹/₂ Kr.

2. bei Privaten auf 19,775,624 fl. 10 Kr.

Summe 24,223,651 fl. 17¹/₂ Kr.

b) in Obligationen:

1. bei Staatscassen auf 503,450 fl.

2. bei Privaten auf 40,125,000 fl.

Summe 40,628,450 fl. — Kr.

daher im Ganzen auf 64,852,101 fl. 17¹/₂ Kr.

Nachdem jedoch über diese schwebenden Activo- und Passivposten die definitive Verrechnung noch nicht vollzogen werden konnte, so vermag die Staatsschulden-Commission derzeit auch nicht zu bestimmen, welcher Be-

trag sich hievon entweder für das Activo-Vermögen oder für den Passivstand ergeben wird.

Die Vorräthe an Obligationen, welche in der Universal-Schatz- und Banco-Schuldencasse bei der daselbst am 30. April 1861 unter Intervention der Staatsschulden-Commission gepflogenen Concontrirung vorgefunden worden und in dem anruhenden Verzeichnisse aufgeführt sind, erscheinen sowie die Vorräthe an National- und Steuer-Anlehens-Obligationen bei den Verwechslungs- und Anlehenscassen in den Kronländern, dann bei der Nationalbank und bei dem Stadt Wiener Oberkammerante, mit ihren Capitalbeträgen in der vorerwähnten Zusammenstellung deshalb nicht eingerechnet, weil diese zwar auf den Creditsbüchern haftenden Obligationen thätlich zu Ende des ersten Semesters 1861 noch nicht ausgegeben waren und theils nur zum Umtausche in denselben Schuldcategorien, theils zur Befriedigung der Subscribenten für bereits geleistete oder noch zu leistende Einzahlungen bestimmt sind.

Durch die von der treuehorsaamsten Staatsschulden-Commission veranlaßte und auch für sämmtliche bei der Universal-Schatz- und Banco-Schuldencasse haftenden Schuldengattungen zur Erlangung der Ueberzeugung von der Uebereinstimmung der Creditsbücher mit den bezüglichen Rechnungsausweisen beantragte Incontrirung der Bücher der betreffenden Cassen mit jenen der Buchhaltung wurden die in dem allerunterthänigsten Vortrage dd. 28. Juni 1861, S. 65, erwähnten Differenzen bezüglich des Standes der österr. National-Schuld, der Steuer-Obligationen und der Krain-Schuld der Stände von Krain, während des ersten Semesters 1861 behoben und deren Stand festgestellt.

Wien, den 30. Dezember 1861.

Joseph Fürst zu Colloredo-Mannsfeld m. p.
Alphons Marq. Palavicini m. p.
Anselm Freiherr v. Rothschild m. p.
J. E. Ritter Popp v. Böhmstetten m. p.
Moriz Ritter v. Wodianer m. p.
Peter Ritter v. Murmann m. p.
A. Edler v. Düß m. p.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 1. November v. J. den Legations-Secretär Rudolph Graf Müllner zum wirklichen Legationsrath bei der kaiserlichen Botschaft in Paris allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 7. März d. J. allergnädigst zu gestatten geruht, daß

der Priester Dr. Giovanni Peterlin das Ritterkreuz erster Classe des königlich sicilianischen Ordens Franz I. der Brunnenart in Karlsruhe Dr. Gallus Ritter v. Hochberger das Ritterkreuz des königlich portugiesischen Christus-Ordens,

der königl. preussische Consul in Ragusa Friedrich Freih. von Eichenberg den osmanischen Medjidie-Orden IV. Classe, der Gutsbesitzer Wilhelm Gemrich Freiherr von Neuberg das Ehrenritterkreuz II. Classe des großherzoglich oldenburgischen Haus- und Verdienstordens,

der Maler Michael Stohl das Ritterkreuz des königlich spanischen Ordens Karl III.,

der pensionirte Postofficial Anton Mercator in Konstantinopel das Ritterkreuz des päpstlichen St. Sylvester-Ordens, und der Pianist Alfred Jaell in Paris die dem herzoglich sachsen-Greiffsbühnschen Haus-Orden affiliirte goldene Civil-Verdienst-Medaille annehmen und tragen, — dann daß

der Bildhauer Vincenzo Lucardi in Rom den Ehrentitel eines Professors der Sculptur an der päpstlichen Akademie der bildenden Künste di St. Luca in Rom, und

der Hofjuwelier Hieronymus Grohmann in Prag den Titel eines herzoglich sachsen-coburgischen Hofjuweliers annehmen und führen dürfen.

Veränderungen in der k. k. Armee.

Ernennungen:
Der Oberlieutenant Scipio Freiherr v. Palombini, des Infanterie-Regiments Graf Haugwitz Nr. 38, zum Stabcom-mandanten zu Frankfurt a. M., und
der Hauptmann erster Classe Anton Bruckmüller, des Infanterie-Regiments König Wilhelm III. der Niederlande Nr. 63, zum Major in der Monturs-Brande.

Uebertragung:
Der Oberlieutenant Hermann Hirs Edler v. Redarthal, vom 16. Feldjäger-Bataillon, unter Enthaltung von seiner Zuteilung beim Landes-Generalcommando zu Ofen, zum Infanterie-Regiments Graf Haugwitz Nr. 38.

Pensionirungen:
Der Oberlieutenant Vladimir Graf Logothetty, des Freiwilligen-Abthanes-Regiments Graf v. Frank Prinz beider Sicilien, und
der Major Donatus Hauptmann, Commandant des 30. Feldjäger-Bataillons.

Nichtamtlicher Theil.

Krakau, 22. März.

Durch die Zeitungen läuft die Nachricht, daß De-

sterreich bei Ablauf der gegenwärtigen Zollvereins-Verträge wohl geneigt wären, ihr bisheriges Verhältnis zum Zollverein vollständig aufzugeben und statt dessen auf eine Zollvereinigung mit Preußen einzugehen. Dagegen ist die Mittheilung entbehrlich wie man der „D. Z.“ vom Main schreibt, jeder Begründung. Preußen hat sich immer nur für eine Zollvereinigung mit dem ganzen Zollverein ausgesprochen. Es heiße auch den großen Gedanken, der hierin liegt, gänzlich verkennen, wenn man ein paar Bruchtheile von einem Zollsystem in das andere hinüberziehen wollte. Dies würde auch keinem der beiden Theile von besonderem Vortheil sein. Ein Uebereinkommen mit Preußen kann für die Dauer ohnedies nicht ausbleiben, weil die Interessen ein solches gebieterisch verlangen, im Zollverein mehr noch als in den österreichischen Ländern.

Die „Nationalzeitung“ meldet, der Handelsvertrag mit Frankreich werde am 21. d. in Berlin zum Abschluß gelangen, mit der Maßgabe, daß, wenn einige Zollvereinsstaaten Einspruch erheben sollten, derselbe abdann Januar 1866 definitiv zwischen Preußen und Frankreich in Kraft trete.

Der „Moniteur“ vom 17. d. spricht sich in seiner Münchener Correspondenz über die preussische Krisis aus, in ziemlich dunklen Wendungen freilich, doch so, daß die Wichtigkeit dieser Wendung in das nöthige Licht tritt. Es heißt darin: „In Deutschland sind jetzt alle Blicke auf Preußen gerichtet. Bis jetzt waren ministerielle Krisen etwas Seltenes in Berlin, wo die Inhaber der Gewalt nicht von den Kammern, sondern direct vom Souverän abhängen. Die Kammer wurde aufgelöst, um das conservative Princip so viel als möglich zu wahren; aber das Cabinet wird seinerseits einer wenigstens theilweisen Umgestaltung nicht entgehen können. Die Lage ist demnach verwickelt, daß aus ihr die unerwarteten Ereignisse hervorgehen können. Sehr ernste Fragen, sowohl innere wie äußere sind im Spiel, und die Politik Preußens ist einer harten Probe unterworfen. Allerdings steht es Jedem frei, sich den Wahrscheinlichkeitsberechnungen zu überlassen, die ihm seine eigene politische Gesinnung ein gibt; aber das Cabinet ist in den Augen des Landes allein für die Folgen verantwortlich.“

Der Pariser d. F. Corr. der „N. P. Z.“ schreibt: In gouvernementalen Regionen glaubt Niemand mehr an die Möglichkeit, daß es mit dem „Königreich Italien“ noch lange vorhalten werde; das Wie und Wann wagt Niemand vorher zu sagen, aber man zweifelt nicht mehr am Zusammenbrechen des aus Noth und Blut, aus Berrätherei, Gewaltthaten und Corruption dergestalteten Staatsgebäudes. Daher denn auch die Meinung vieler Optimisten, daß der Kaiser von vorn herein die Absicht hatte, früher oder später auf die Conföderation zurückzukommen. Das ist Unfuss, der Kaiser ist zu klug, um es für thöricht zu halten, auf friedlichem und diplomatischen Wege das „Königreich Italien“ wieder abzuschaffen; das kann nur die Folge eines allgemeinen Krieges oder einer gewaltsamen siegreichen Reaction in den von Sardinien geraubten Ländern sein. Kurz, guter Rath ist theuer; man fürchtet die Konsequenzen des Fiascos „Italiens“ und kann demselben doch nicht vorbeugen. Selbst der Baron Brennier verzweifelt; dieser französische Gesandte am neapolitanischen Hofe zur Zeit der Katastrophe gehörte nicht zu den entscheidenden Segnern der italienischen Einheit und ich glaube nicht, daß seine Berichte aus Neapel der legitimen Dynastie günstig waren, um so beachtenswerther ist seine vor Kurzem erschienene Schrift: De la France a propos de l'Italie, worin er mit unläugbarer Beredsamkeit seiner Entrüstung gegen Piemont und seinen Besorgnissen vor der nächsten Zukunft Worte giebt. Der Baron Brennier wünscht, daß man auf die Conföderation Italiens zurückkomme, er hält sie nicht nur für möglich, er ist auch überzeugt davon, daß die italienischen Völker selber sie wünschen. Aber (und das ist des Pudels Kern) er will offenbar nicht, daß die legitimen Dynastien zurückgerufen werden. „Die Fortdauer dieser Dynastien, meint er, hat die Nationalitäten nicht vernichtet und — den wiederhergestellten Nationalitäten wird es an Dynastien nicht fehlen.“ Wer die Stellung und Beziehungen des Verfassers kennt, wird hier stußig werden. Wenn guter Rath theuer, hascht man nach allen denkbaren Auskunftsmitgliedern, und wer weiß, ob diese Broschüre nicht ein Fühler sein soll.

Die „Allg. P. Z.“ constatirt in einem Briefe aus Neapel, daß die Witten-Proclamation des Oberlieutenant's Fantoni, wie es scheint, mit aller Strenge gehandhabt werde.

Die französische Regierung hat wichtige Depeschen aus Rom erhalten. Dieselben sollen Enthüllungen über die Verhaftung des Secretärs des National-Comité's, Benanzi, enthalten. Aus den bei ihm ge-

angefragten habe, ob dieselben bei Ablauf der gegenwärtigen Zollvereins-Verträge wohl geneigt wären, ihr bisheriges Verhältnis zum Zollverein vollständig aufzugeben und statt dessen auf eine Zollvereinigung mit Preußen einzugehen. Dagegen ist die Mittheilung entbehrlich wie man der „D. Z.“ vom Main schreibt, jeder Begründung. Preußen hat sich immer nur für eine Zollvereinigung mit dem ganzen Zollverein ausgesprochen. Es heiße auch den großen Gedanken, der hierin liegt, gänzlich verkennen, wenn man ein paar Bruchtheile von einem Zollsystem in das andere hinüberziehen wollte. Dies würde auch keinem der beiden Theile von besonderem Vortheil sein. Ein Uebereinkommen mit Preußen kann für die Dauer ohnedies nicht ausbleiben, weil die Interessen ein solches gebieterisch verlangen, im Zollverein mehr noch als in den österreichischen Ländern.

Die „Nationalzeitung“ meldet, der Handelsvertrag mit Frankreich werde am 21. d. in Berlin zum Abschluß gelangen, mit der Maßgabe, daß, wenn einige Zollvereinsstaaten Einspruch erheben sollten, derselbe abdann Januar 1866 definitiv zwischen Preußen und Frankreich in Kraft trete.

Der „Moniteur“ vom 17. d. spricht sich in seiner Münchener Correspondenz über die preussische Krisis aus, in ziemlich dunklen Wendungen freilich, doch so, daß die Wichtigkeit dieser Wendung in das nöthige Licht tritt. Es heißt darin: „In Deutschland sind jetzt alle Blicke auf Preußen gerichtet. Bis jetzt waren ministerielle Krisen etwas Seltenes in Berlin, wo die Inhaber der Gewalt nicht von den Kammern, sondern direct vom Souverän abhängen. Die Kammer wurde aufgelöst, um das conservative Princip so viel als möglich zu wahren; aber das Cabinet wird seinerseits einer wenigstens theilweisen Umgestaltung nicht entgehen können. Die Lage ist demnach verwickelt, daß aus ihr die unerwarteten Ereignisse hervorgehen können. Sehr ernste Fragen, sowohl innere wie äußere sind im Spiel, und die Politik Preußens ist einer harten Probe unterworfen. Allerdings steht es Jedem frei, sich den Wahrscheinlichkeitsberechnungen zu überlassen, die ihm seine eigene politische Gesinnung ein gibt; aber das Cabinet ist in den Augen des Landes allein für die Folgen verantwortlich.“

fundenen Papieren gehe, wie man versichert, hervor, daß die Verhandlungen, die neulich in Paris stattfanden, mit jener Affaire in Verbindung ständen.

Herr Thouvenel hat an die verschiedenen Mächte eine Depesche erlassen, worin er in Bezug auf Griechenland daselbstes Princip der Nichtintervention, wie für Italien, aufstellt. Der in der Levante-Station commandirende französische Contre-Admiral Touchard hat Befehl erhalten, die Landung auswärtiger Zuzüge an der griechischen Küste weder zu verhindern noch zu begünstigen.

Der namentlich von den Genfern gewünschten Errichtung eines schweizerischen Consulates in Konstantinopel scheinen sich mancherlei Hindernisse in den Weg stellen zu wollen. Auf Anfrage von dem türkischen-Botschafter in Paris ist die Antwort erfolgt, daß der Errichtung des fraglichen Consulates vor Allen der Abschluß eines Consularvertrages vorangehen müsse, was manche Schwierigkeiten bieten dürfte. Wie es heißt, wird der Bundesrath jedoch die Frage noch seiner weiteren Prüfung unterwerfen.

Aus Frankfurt wird von französischen Blättern telegraphisch: Man spricht zu Wien mit Bestimmtheit von der Bildung eines Observationscorps an der Grenzlinie der slavisch-türkischen Länder. Die Wiener Correspondenz glaubt versichern zu können, daß in den maßgebenden Kreisen Wiens von der Sache gar nichts bekannt ist.

Die kürzlich telegraphisch mitgetheilte Nachricht, die russische Regierung beabsichtige eine Anleihe zum Zweck der Wiederherstellung der Valuta aufzunehmen, und Baron Stieglitz sei bereits auf dem Wege, um in der Maske eines Erholungsbreisenden den Geldmärkten an den Puls zu fühlen, ist nach der „Berliner Ztg.“ nicht neu, in den unterrichteten Finanzkreisen vielmehr längst bekannt, daß in London von russischen Unterhändlern die Absicht ausgesprochen worden, 10—12 Millionen Silberrubel aufzubringen. Die Verhandlungen werden in London seit länger als vier Wochen geführt, scheinen aber noch nicht zu einem Ergebnis geführt zu haben. Die Aufnahme der Anleihe bildet einen wesentlichen Punkt in dem Programm des neuen Finanzministers in St. Petersburg.

Das officielle „Journal de St. Petersburg“ vom 20. März veröffentlicht die Antwort Seward's an Herrn v. Stöckl. Seward dankt Rußland für seine Rathschläge und hofft, denselben mit Zustimmung des Volkes nachkommen zu können. Er drückt die Hoffnung aus, wenn der Krieg durch vollständige und dauernde Wiederherstellung der Union auf den früheren constitutionellen, in geeigneter Weise umgeformten Grundlagen beendet sein werde, werde die Menschheit die Treue, Standhaftigkeit und Weisheit des Kaisers bewundern.

Verhandlungen des Reichsrathes.

Sitzung des Abgeordnetenhauses am 20. März.

Tagesordnung: Dritte Lesung des Gewerbegesetzes. Dasselbe wird mit Majorität in dritter Lesung beschlossen.

Zweiter Gegenstand der Tagesordnung ist der Ausschussbericht über das Strafverfahren in Presssachen.

Berichterstatter: Sfsescheskul trägt den Ausschussbericht mit so leiser Stimme vor, daß ihm wiederholt zugerufen wird: laut! Redner theilt dem Hause mit, daß der Ausschuss einstimmig beschlossen habe, über die in einer der letzten Sitzungen eingebrachte amendirte Regierungsvorlage, welche sich von der ursprünglichen Regierungsvorlage nicht wesentlich unterscheidet, keinen neuen Bericht zu erstatten.

Dr. v. Rizy: Die Regierung hat durch ihre Vorlage eine überflüssige Debatte abschneiden wollen. Ich bedaure, daß der Ausschuss des hohen Hauses auf diese Vorlage nicht eingegangen ist. Im Uebrigen bin ich heute zu der Erklärung ermächtigt, daß die Regierung geneigt ist, den §. 10 des Ausschussentwurfs, wornach für die ungerechtfertigte Beschlagnahme aus der Staatscasse Ersatz geleistet werden soll, dem Principe nach ihre Zustimmung zu ertheilen. (Bravo!) Damit dürfte die Hauptdifferenz zwischen Regierung und Ausschuss beseitigt sein. In formeller Beziehung wünscht der Vertreter der Regierung, daß die beiden Paragraphe des Regierungsentwurfs über das Verfahren selbst, vor den übrigen Paragrapphen debattirt werden mögen.

Mühlfeld ersucht den Präsidenten, er möge das Amendement der Regierung zu §. 10 sofort an den Ausschuss weisen und diesem 15 Minuten Zeit zur Verathung desselben geben.

Das Haus beschließt eine kurze Vertagung der Sitzung zu dem von ihm angegebenen Zwecke.

Nach einer Unterbrechung von einer Stunde wird die Sitzung wieder aufgenommen.

Herbst erklärt, daß der Ausschuss sich dem von der Regierung in den §§. 10 und 11 adoptirten System der directen Ladung, ohne Einleitung einer Voruntersuchung für Bergehen und Uebertretungen mit der Modification angeschlossen habe, daß die Gerichte auch gegen den Antrag des Staatsanwaltes das Recht haben sollen, eine Voruntersuchung einzuleiten und daß das Recht, welches §. 10 der Regierungsvorlage dem Staatsanwalt gibt, sich selbst die nöthigen Befehle zu verschaffen oder gerichtlich erheben zu lassen, auch dem Privatankläger eingeräumt wird.

Dr. v. Rizy erklärt sich mit diesen Modificationen einverstanden.

Die §§. 10 und 11 werden einstimmig angenommen und treten an die Stelle des §. 1 des Ausschussberichtes.

Die §§. 1, 2, 3 und 4 des Ausschussentwurfs werden ohne Debatte angenommen.

Zu §. 5 stellt Dr. v. Rizy das Amendement, daß

zu der öffentlichen Schlußverhandlung nur Männer und keine Frauen zugelassen werden sollen.

Ein weiteres Amendement der Regierung zu §. 5 geht dahin, daß die Deffentlichkeit der Verhandlung aus Rücksicht der öffentlichen Ordnung ausgeschlossen werden soll.

Rechbauer erklärt sich gegen dieses Amendement. Die Erfahrung habe traurige Beispiele aus den letzten Processen in Wien geliefert, wo auch aus Rücksichten der öffentlichen Ordnung die Deffentlichkeit ausgeschlossen wurde. Er will, daß die Deffentlichkeit nur aus Rücksichten der Sittlichkeit ausgeschlossen werden könne und stellt den Antrag, die Wort: aus Rücksichten der öffentlichen Ordnung zu streichen.

Dieser Antrag wird zahlreich unterstützt. Dr. v. Rizy bekämpft denselben, weil er eine Ungleichheit gegenüber den andern Strafprocessen begründen würde, wo auch aus Rücksichten der öffentlichen Ordnung die Deffentlichkeit ausgeschlossen werde.

Bei der Abstimmung wird die Ausschließung der Frauen von den öffentlichen Verhandlungen in Presssachen abgelehnt.

Zu dem Antrage Rechbauers erklärt v. Lasfer mitten unter der Abstimmung, die Regierung werde denselben nie zustimmen. Das Haus möge daher den Antrag des Ausschusses annehmen, welcher lautet: Die Deffentlichkeit kann nur aus Rücksichten der Sittlichkeit und der öffentlichen Ordnung ausgeschlossen werden.

Zybliewicz: Sollte der Ausschussantrag in Bezug auf den letzten Absatz angenommen werden, so wären die Pressproceße noch schlimmer daran, als bisher, denn bisher wird die Deffentlichkeit nur aus Rücksichten der öffentlichen Sicherheit ausgeschlossen.

Präsident: wenn die Abstimmung stattfindet, ist keine Debatte mehr zulässig. Ich kann zwar dem Herrn Minister, wenn er eine Erklärung Namens der Regierung abgeben will, das Wort nicht entziehen, aber daraus folgt nicht, daß auch Andere dann wieder sprechen dürfen. Da es aber dem Herrn Dr. Zybliewicz gefallen hat, das Wort zu ergreifen, so eröffne ich die Debatte aufs Neue.

Der Berichterstatter spricht ein Paar unverständliche Worte. Dann wird abgestimmt. Der Antrag Rechbauers wird mit 71 gegen 83 Stimmen verworfen. Der Ausschussantrag wird ebenfalls abgelehnt.

N. S. Schluß der Sitzung 2 Uhr. Nächste Sitzung Montag 9 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 20. März. Sr. Maj. der Kaiser hat, wie die „Wiener Ztg.“ meldet, auf die Nachricht von dem Verschwinden des Generals der Cavallerie, Grafen Ludwig Wallmoden-Simborn Erlaucht, den General-Adjutanten Generalmajor Grafen Soubenhausen telegraphisch beauftragt, dem Bruder des Verstorbenen, General der Cavallerie Karl Grafen Wallmoden, die a. h. herzlichste Theilnahme an diesem Trauerfalle auszusprechen.

Nach den letzten Berichten aus Venedig ist Ihre Majestät die Kaiserin vollkommen hergestellt, so daß jede ärztliche Behandlung aufgehört hat. Ihre Majestät die Kaiserin wird wie mit vollster Bestimmtheit erwartet werden kann, vollkommen genesen nach Wien zurückkehren. — Kronprinz Rudolf, welcher eine besondere Vorliebe für Schiffsfahrten zeigt und in Venedig täglich längere Gondelfahrten unternimmt, hat von dem in Venedig weilenden Feldmarschall Grafen v. Nugent einen kleinen Dampfer mit einer Maschine Pferdekraft zum Geschenke erhalten. Der Dampfer wird nach Laxenburg auf den dortigen Teich transportirt und nach der in wenigen Wochen bevorstehenden Rückkehr Ihrer Maj. der Kaiserin und der kaiserlichen Kinder von Venedig dem Kronprinzen übergeben werden.

Der portugiesische Gesandte am f. Hofe, Vicomte de Santa-Quiteria, hat sich vor einiger Zeit von Wien nach Venedig begeben, um dort im Auftrage seines Souveräns Ihrer Majestät der Kaiserin den Grand-Gordon des hohen Ordens de Santa Isabella zu überreichen.

Ihre k. Hoh. die Frau Erzherzogin Sophie begibt sich morgen den 22. mittelst der Eisenbahn zuerst nach Miramar auf Besuch zu ihrem Sohn, dem Erzherzog Ferdinand Max, und von da nach Venedig, wo sie bis Ende dieses Monats verbleiben dürfte.

Se. k. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Heinrich sind am 17. d. von Wien kommend in Venedig eingetroffen.

Das Justizministerium hat, wie die Tribüne meldet, offenbar in Folge des auf die Freigebung der Advocatur gerichteten Beschlusses des Abgeordnetenhauses an das österreichische und wohl auch an die übrigen Obergerichte die Aufforderung erlassen, ihm eine möglichst genaue statistische Nachweisung der vorhandenen geprüften Advocaturcandidaten vorzulegen, um darnach die Anzahl der im Falle der Freigebung der Advocatur neu erscheinenden Kanzleien ungefähr veranschlagen zu können.

Ueber die Frage der Wiederberufung des ungarischen Landtages meldet heute „Scharfs Correspondenz“, daß man im Ministerrath nach reiflicher Erwägung der Sache von jeder officiellen Aeußerung über die Gründe, warum die Ausschreibung neuer Wahlen in Ungarn zur Zeit noch nicht erfolgen könne, Abstand genommen hat.

Die Tochter des k. bairischen Gesandten, Herrn Grafen Bray-Steinburg, ist schwer erkrankt.

Herr Friedrich Uhl zeichnet jetzt den „Botschafter“ als Herausgeber und verantwortlichen Redacteur, nachdem Herr Dr. Kolatschek von der Redaktion zurückgetreten ist.

Deutschland.

Der kurhessische Bundestags-Ausschuss wird den Einlauf der in Aussicht gestellten Erklärungen der kurfürstlichen Regierung nach dem von deren Gesandten geäußerten Wunsch für seine Verathung des gemeinsamen Antrages Oesterreichs und Preußens nicht abwarten. Der Antrag selbst ist jedoch noch nicht in Angriff genommen, und es dürfte daher dessen Erledigung noch nicht so bald entgegen zu sehen sein, als man Anfangs anzunehmen geneigt sein mochte. Um so mehr, wenn die Angelegenheit in die Hände eines neuen Referenten kommen sollte. Früher hatte das Referat der badische Gesandte, Herr v. Marschall. Nach dessen Abgang ging es an den sächsischen über, der aber dann Monate lang krank war, wodurch es an den Vertreter Hannover's kam. Man glaubt aber nicht, daß diesem jetzt die Berichterstattung zufallen werde. Ueberrimmt sie nicht wieder der Gesandte Sachsens, so dürfte der württembergische damit betraut werden. Baden ist auch im Ausschusse, an dessen Vertreter aber wohl schon deshalb nicht gedacht, weil, wenn derselbe die bekannte Ansicht seiner Regierung dabei zur Geltung bringen würde, das Referat leicht nur eine Minorität des Ausschusses auf sich vereinigen könnte. Die Gesandten Oesterreichs und Preußens sind auch im Ausschusse; diese pflegen aber grundsätzlich die Referate zu übernehmen, sei es, daß es mit der Präsidialwürde nicht wohl zu vereinigen ist, oder daß man auch den Schein eines überwiegenden Einflusses vermeiden will. Die Nachricht der „Wiener Correspondenz“, daß für den Fall einer Weigerung der hessischen Regierung, sich dem betreffenden künftigen Bundesbeschlusse zu fügen, die Beiratung der Bundes-Execlution bereits beschlossene Sache und dazu Hannover ausersehen sei, ist nach der „R. Z.“ ungenau.

Der „Preussische Staatsanzeiger“ vom 20. d. enthält folgenden Erlaß Sr. Maj. des Königs:

„Ich beauftrage das Staatsministerium wegen Ausführung der Wahlen der Abgeordneten zum Landtage der Monarchie unverzüglich die erforderlichen Anordnungen zu treffen. Es wird hierbei die Aufgabe Meiner Behörden sein, ebenso die gefälligen Vorarbeiten gewissenhaft zur Anwendung zu bringen, als auch den Wählern über die Grundsätze Meiner Regierung einen unabweisenden Aufschluß zu geben und dem Einflusse von Verdrüssigungen entgegenzutreten, welche die Unbefangtheit des öffentlichen Urtheils zu verwirren bezwecken, wie sich dies bei den letzten Wahlen gezeigt hat. Ich halte unabänderlich fest an den Grundsätzen, welche ich am 8. November 1858 dem Staats-Ministerium eröffnet und seitdem wiederholt vor dem Lande kund gegeben habe; sie werden, richtig aufgefaßt, auch ferner die Richtschnur Meiner Regierung bleiben. Aber die daran geknüpften irrtümlichen Auslegungen haben Verwickelungen erzeugt, deren glückliche Lösung die nächste Aufgabe Meiner gegenwärtigen Regierung ist.

In weiterer Ausführung der bestehenden Verfassung soll die Gesetzgebung und Verwaltung von freisinnigen Grundsätzen ausgehen. Es kann aber ein heilbringender Fortschritt nur gedacht werden, wenn man, nach besonnener ruhiger Prüfung der Zeitlage, die wirklichen Bedürfnisse zu befriedigen und die lebensfähigen Elemente in den bestehenden Einrichtungen zu benutzen weiß. Dann werden die Reformen der Gesetzgebung einen wahrhaft conservativen Charakter tragen, während sie bei Ueberreizung und Ueberhitzung nur zerstörend wirken.

Es ist Meine Pflicht und Mein erster Wille, der von Mir beschworenen Verfassung und den Rechten der Landesvertretung ihre volle Geltung zu sichern, in gleichem Maße aber auch die Rechte der Krone zu wahren und sie in der ungeschwächtesten Kraft zu erhalten, welche für Preußen zur Erfüllung seines Berufes notwendig ist und deren Schwächung dem Vaterlande zu Verderben gereichen würde. Diese Meine Ueberzeugung ist, „Ich weiß es“, auch in den Herzen Meiner Unterthanen lebendig, und es kommt nur darauf an, denselben Meine wahre Gesinnung für deren Wohl klar und offen darzulegen.

In Bezug auf Meine auswärtige und insbesondere Meine deutsche Politik halte ich an dem bisherigen Standpunkte unverändert fest.

Das Staatsministerium hat dafür Sorge zu tragen, daß die vorstehend von Mir ausgesprochenen Grundsätze bei den bevorstehenden Wahlen zur Geltung gebracht werden. Dann darf Ich mit Zuversicht erwarten, daß alle Wähler, welche Mir und Meinem Hause in Treue anhangen, Meine Regierung in vereinigter Kraft unterstützen werden. Ich beauftrage das Staatsministerium, hiernach die Behörden mit Anweisung zu versehen und allen Meinern Beamten ihre besondere Pflicht in Erinnerung zu bringen.

Berlin, 19. März 1862.

Wilhelm.
A. Prinz zu Hohenlohe. von der Heydt. von Koon. Graf von Bernstorff. Graf von Hagn. von Mähler. Graf zur Lippe. von Jagow.

Die „Sternzeitung“ vom 20. d. bringt einen umfangreichen Leitartikel, beiläufig folgenden Inhalts: Die Ministerveränderung wie die Auflösung der Kammer war ein Akt tiefinnerster Nothwendigkeit. Die Kammer war mit der Bestimmung geboren, ein Zerwürfniß mit der Regierung hervorzurufen. Schon die Vorgänge bei den Wahlen haben hierauf gedeutet. In der Masse der Wählerkreise offenbarten sich schon alle Zeichen einer unheilvollen Verblendung, eine leidenschaftliche Empfänglichkeit für praktisch unausführbare Ideale durch Bevorzugung der Männer, deren politisches Programm, von allen Ueberlieferungen des monarchischen Preußens absehend, an die Bewegungen von 1848 und 1849 anzuknüpfen suchte, endlich der, wie nach einer übereinstimmenden Parole organisirte Widerspruch gegen die bereits eingeleitete Heeresreform, welche von der Weisheit des Monarchen in Uebereinstimmung mit allen seinen Rathen als unerlässliche Bedingung für die Machtstellung Preußens erkannt worden war. Unter solchen Auspizien kam das Abgeordnetenhaus zu Stande und mußte dem Fluche seiner Geburt unterliegen. Wenn auf einen günstigen, den gemeinsamen Interessen der Krone und des Landes entsprechenden Ausfall der Wahlen gerechnet werden soll, so muß jener Agitation eines planlosen Fortschrittes, welche die jüngsten Wahlen beherrschte, Halt zugerufen, jeder Zweifel über die eigentlichen Absichten der Regierung gehoben und der Insinuation entgegen gewirkt werden, daß eine Opposition nur gegen einzelne Minister gerichtet, im Rathe der Krone selbst Unterstützung finde. Die Aufgabe des gegenwärtigen Cabinets wird sein, der öffentlichen Meinung über alle diese Punkte volle Klarheit zu geben; sie wird betonen müssen, daß es sich um höchwichtige Fragen handle, ob die

Macht der Regierung bei der Krone bleiben oder dem Abgeordnetenhaus zufallen solle. Das Programm des neugebildeten Ministeriums wird kein anderes sein, als das in der Ansprache des Königs vom 8. November 1858 niedergelegte; es wird auch fortan jeder gesunden Entwicklung, jeder besonnenen, dauerhaften Reform den Weg ebnen. Der Leitartikel schließt: „Das preussische Volk wird sich zu rechter Stunde erinnern, daß die Fahne des Fortschritts bisher von seinem hochherzigen Könige vorangetragen wurde und wird jedem andern Banner mit ähnlicher Aufschrift die Nachfolge versagen.“

Die „Berl. Allg. Z.“, das Organ der constitutionellen Partei schiebt die ganze Verantwortlichkeit für die mögliche Rückkehr zur Reaction dem Vorgeben der Fortschrittspartei in die Schuhe. Der betreffende Artikel schließt mit folgenden Sätzen: „Der ausgebrochenen Krisis waren die Minister, wie die Lage der Sache stand, nicht gewachsen; es war für sie, es war für unsere Partei wünschenswerth, es war nothwendig, daß sie gingen. Aber daß die Krisis überhaupt kam, war unnöthig; und sie ohne Noth heraufzubekommen, frevelhaft; das wiederholen wir denjenigen gegenüber, die uns heute beschuldigen, unsere Meinung geändert zu haben. Sie gehen einer schweren, einer ernsten Zukunft entgegen, deren Ende Niemand absehen kann, auf deren Ausgang diejenigen am wenigsten einwirken werden, die mit der Möglichkeit spielten. Wir haben drei gute Jahre gehabt, und man wird sich ihrer erinnern. Wie dem auch sei, wir müssen die Situation annehmen, die wir nicht gemacht haben. Unter dem neuen Ministerium, dessen Richtung durch die Namen deutlich genug charakterisirt wird, gehören wir zur Opposition.“

Die „Berl. Börsen-Ztg.“ hört mit Bestimmtheit, daß Hr. v. d. Heydt den 25 procentigen Zuschlag vom 1. Juli ab fortlassen zu lassen, dabei aber dennoch alle Mittel für die Roon'sche Organisation in vollem Maße zu beschaffen beabsichtigt. Unter den Finanzplänen des Herrn v. d. Heydt nennt man auch die Convertirung der 4 1/2 procentigen preussischen Anleihen in 4 procentige.

Ueber das neue preussische Ministerium schreibt die „Nat. Z.“: Die Liste entspricht ziemlich den Vorstellungen, die man sich von einem bureaukratischen oder Fachministerium gemacht hatte. Für den Character des neuen Cabinets entscheidend ist die Ernennung des Herrn v. d. Heydt zum Finanzminister. Dies Departement ist offenbar jetzt das wichtigste und bestimmt namentlich die ganze Stellung der Regierung zur Kammer. Nach der bekannten Vergangenheit des Herrn v. d. Heydt und nach der Haltung, die er soeben noch gegenüber dem Gesetzentwurf über die Oberrechnungskammer und den Hagenschen Antrag angenommen, muß man erwarten, daß er die Einwirkung der Kammer auf die Einwirkung des Staatshaushalts auf die engsten Grenzen zu beschränken suchen wird. Ebenso sicher darf man annehmen, daß er sich zur Beschaffung der Mittel für die neue Heeresorganisation im weitesten Umfange verpflichtet haben wird. Wenn man Herrn v. d. Heydt zu den eifrigsten Vorkämpfern bureaukratischer Tendenzen zählt, so ist dabei nicht an die Ueberlieferungen des altpreussischen Beamtenthums zu denken; er machte seine Schule als Mitglied des Ministeriums der Finanzen, und seine Erfolge als Begründer des preussischen Eisenbahnnetzes und auf andern Gebieten verdankte er vor Allem der Rücksichtslosigkeit, mit welcher er alle collidirenden Interessen unter das Staatswohl zu beugen wußte. Mit den Finanzen übernimmt er wesentlich die Leitung der genannten innern Politik. Für das Handelsministerium scheint ein Nachfolger, der ganz auf die Intentionen des Herrn v. d. Heydt einzugehen bereit wäre, noch nicht gefunden zu sein. Von den bisherigen Ministern verbleiben ferner noch Prinz von Hohenlohe, Herr von Koon und Graf Bernstorff in ihren bisherigen Aemtern. Von der einen Seite ist der Liberalismus, und zwar selbst derjenige der Grafen Schwerin und Pückler, gänzlich aus dem neuen Cabinet ausgeschlossen worden; andererseits ist vorerst auch die äußerste feudale Rechte ohne Vertretung geblieben. Der Grundcharakter des neuen Ministeriums ist ein militärisch-bureaukratischer. Daß es im Lande die Unterstützung anderer Parteien finden könnte, als die der Feudalen und die bedingte der Clerikalen, scheint unmöglich.

Der Landtag von Baldeck hat, wie erwähnt, am 11. in vertraulicher Sitzung die Militärcorvention mit Preußen mit 12 gegen 3 Stimmen angenommen. Die Gegner der Convention haben eine Erklärung zu Protocoll gegeben, daß sie in dieser Convention keinen Schritt zur Begründung deutscher Einheit zu erkennen vermögen, daß vielleicht, aber auch höchstens Preußens Regierung nichts thue, um Deutschlands Einheit zu begründen.

In Hannover sind am 18. d. die Stände wieder zusammengetreten.

Der permanente Ausschuss des deutschen Handelsvertrages hat beschlossen, den nächsten Handeltag auf die zweite Hälfte des Septembers nach München zu berufen.

Wie aus Karlsruhe, 17. d., geschrieben wird, gründet Hr. Amand Gögg, der nun ganz amnestirt ist, in Offenburg eine große Glasfabrik; er hat daselbst bereits Gebäulichkeiten erworben.

Frankeich.

Paris, 18. März. Die Adresse wird nun nach einer vierzehntägigen lebhaften Discussion endlich in unveränderter Form angenommen werden, doch hat es den Anschein, als sollte der von den Protectionisten gegen den englisch-französischen Handelsvertrag unternommene Sturm zu guter Letzt noch eine der größten Unannehmlichkeiten werden, die sich im Laufe der Debatte für die Regierung ergeben haben. Die industrielle Krisis in Lyon, Rouen, Roubaix etc. ist unläugbar. Die Wortführer der schutzamerikanischen Partei sind, wie das Auftreten des Herrn Jules Brame in der Kam-

mer beweist übereingekommen, den jetzigen Nothstand weniger dem amerikanischen Kriege als den unvermeidlichen Konsequenzen des englisch-französischen Handelsvertrages zuzuschreiben. — Ganesco, der Redacteur en chef des „Courrier du Dimanche“, ist unter der Anklage, einer geheimen Gesellschaft anzugehören und sich an einer Verschwörung betheiligte zu haben, vor den pariser Affenshof verwiesen worden. — Aus Toulon wird gemeldet, daß das Transportschiff Seino, welches im Begriff war, das 36. Linien-Regiment nach Corsica zu bringen, Befehl erhielt, alles an Bord Befindliche wieder auszuladen und sich fertig zu machen, in 6 Tagen mit 500 Mann, 120 Pferden und 1000 Sonnen Material nach Mexico abzugehen. Es soll dies der beste Transport eines neuen Verstärkungs-Corps sein, dessen Effectivbestand auf eine Brigade geschätzt wird. Den Transportschiffen Bauban, Moselle, Aube und Ceres ist die Weiung zugegangen, sich bereit zu halten, um auf die erste Depesche hin gleichfalls nach Mexico abzugehen zu können. — Der russische Fürst Dolgoroukoff, der Verfasser des Pamphlets „Die Wahrheit über Rußland“, der bekanntlich jüngst in dem vom dem Fürsten Woronzoff gegen ihn angehängten Proceß verurtheilt wurde, hat eben einen sehr ungezogenen Brief an den Kaiser von Rußland veröffentlicht, weil er in Rußland seiner Ehren und Würden für verlustig erklärt und verbannt worden ist. Der französische Gesandte in Berlin, Prince de Salm-Dyvergne ist hierher berufen worden. — Einer Verfügung der algerischen Präfektur zufolge können sich Engländer, Schweden, Belgier und Holländer ohne Pässe von Frankreich nach Algerien und vice versa begeben.

Wie gestern erwähnt, wurde in Folge einer Rede Baroché's das schützamerikanische Amendement Brames verworfen. Das Amendement war nach dem „Moniteur“ eingebracht von Poyser-Quertier, Jules Brames, de Wendel, Randoing, Amesné, Le Clerc d'Armonville, Kolb-Bernard und Marquis de Blossville und von Brames in der Sitzung vom 17. mit Vorlesung verschiedener Handelskammerberichte und anderer Documente, zu deren Mittheilung sich der Redner förmlich drängen ließ, unter lebhaftem Beifall eines Theils der Kammer motivirt worden. Es lautete:

„Ew. Majestät kennt die großen Leiden die unsere Hauptmanufacturstädte beimgen. Sie sucht durch die edelmütigsten Geschenke dieselben zu erleichtern. Da aber denkende Köpfe (esprits sérieux) diese Situation zum großen Theil der Einführung des englisch-französischen und französisch-belgischen Handelsvertrages zuschreiben, so richtet die Kammer christlich die Aufmerksamkeit und Sorge des Kaisers auf diese gewichtige Frage. Sie bittet Ew. Majestät, eine Enquete über die wirklichen Resultate dieser Verträge anzubringen, um den Ungewissheiten und Befürchtungen unserer arbeitenden Bevölkerung, wenn sie nicht begründet sind, ein Ende zu machen.“

Wie aus Paris gemeldet wird, hatte der österreichische Botschafter Fürst Metternich eine längere Audienz beim Kaiser, und da sich derselbe auf ausdrücklichen Wunsch des Kaisers nach den Tuilerien begeben hatte, so schließt man daraus, daß es sich um wichtige Dinge gehandelt habe.

Schweiz.

In Genf ist die Petition um Aufhebung der Bias'schen Spielhölle im Hause James Fozys vor einigen Tagen geschlossen worden. Die Unterschriften belaufen sich auf etwa 5000. Selbst von Schweizern im Auslande erfolgten Beitrittserklärungen, so z. B. aus London und Berlin. Trotzdem spricht das Fozys'sche Organ, die „Nation Suisse“, der Petition allen Werth ab, erklärt ihre ersten Urheber als überläufige Persönlichkeiten und ihr ganzes Thun als ungeschicklich. Noch ist es nicht abzusehen, auf welcher Seite der Nationalrath sich wenden wird.

Belgien.

Seit einigen Tagen ist der Marquis de Fiers in Brüssel, der bekannte Rechnungsrath, dem die französische Regierung den Proceß gemacht hat, weil er für ausländische Blätter correspondirt. Herr de Fiers wird sich hier ansiedeln und eine Correspondenz für Deutschland, England, Belgien, Holland und die Schweiz begründen. Wie er versichert, wird dieselbe unparteiisch und gemäßigt gehalten sein. Er denke nicht daran, Repressalien gegen die französische Regierung zu üben und die ihm angethane Unbill zu rächen. Er wolle gut unterrichten, die Wahrheit meldende Berichte abfassen. Bei seinen Verbindungen hier und in Frankreich wird er das ins Auge gefasste Programm leicht zu erfüllen im Stande sein.

Italien.

Aus Turin verlautet, daß der Thronerbe eine Reise ins Ausland antreten und Frankreich, England und Portugal besuchen wird. — Man spricht von der Vorlage eines Gesetzes, daß Regierungs-Commissäre bei den Vereinsversammlungen gegenwärtig sein dürfen mit dem Recht, solche aufzulösen, sobald die Discussionen einen denselben unangemessenen Gang zu nehmen scheinen.

Briefe aus Rom schieben, wie eine Mailer tel. Depesche vom 18. d. meldet, die neuerdings eingetretene Verschlimmerung des alten Beinübels bei Pius IX. auf einen zu anstrengenden Spaziergang, doch habe eine zweitägige Ruhe schon sehr heilsam gewirkt. General Soyon hat die Offiziere, die nach ihren Standsquartieren abreisen wollten, empfangen und denselben wiederholt erklärt, er habe Auftrag, das jetzige päpstliche Gebiet vor jedem Angriff zu schützen und die Banden, die in dasselbe einzudringen suchen würden, mit bewaffneter Macht zurückzutreiben. Herr von Vallette hat die päpstlichen Offiziere empfangen und denselben eine gleichlautende Erklärung gegeben. Soyon hat eine Liste von Namen solcher französischen Offiziere und Soldaten, denen Orden und Ehrenzeichen zu bewilligen seien, weil sie sich bei der Unterdrückung der neapolitanischen Reaction ausgezeichnet hätten, nach Turin eingeschickt. In Betreff der Untersuchung in der Verangischen Sache stellt sich jetzt heraus, daß die päpstliche Justiz nur gegen siebenzehn Personen, meist ganz obscure Leute, die Anklage aufrecht erhalten kann.

Die Ausstellung der Petersgeschenke im Conservatorenpalast zu Rom umfaßt bereits gegen 600 Nummern und es befinden sich darunter höchst werthvolle Geschenke im Werth von mehreren Tausend Franken. Bilder, Büsten, Uhren, kostbare Tabatieren, Brochen, Colliers, Diamantkreuze, Bracelettes, Sprünge, Perlenhalsbänder, überhaupt Schmuck jeder Art, einige Autographen des Papstes unter Kupfer- oder Stahlstichen, Stickereien, Vasen, à jour gefasste Solitärringe, Statuen in Erz und Marmor, bilden die aus aller Welt gesandten Gaben. Bereits haben sich schon viele Fremde an hier lebende Künstler zum Erlangen von Boosen gewandt; das Boos kostet 2 Paoli (1 Franken), und die Ziehung findet am 9. December d. J. statt.

Rußland.

Der „Schles. Zig.“ wird aus Warschau vom 18. März geschrieben: Der gleichzeitig mit Berger, Otto, Schlenker, Wyszynski u. im Herbst eingezogene Oubeschker und ehemalige Bürgerdeputirte Piotrowski ist zu drei Monaten nach Modlin verurtheilt. Auch Schlenker's Urtheil soll dieser Tage definitiv ausgesprochen werden und wird wahrscheinlich auf Internirung jenseit Moskau lauten. Der Eisgang ist noch nicht beendet, doch beginnt man bereits wieder damit, die Schiffsbrücke anzufahren. Vor Unglücksfällen ist die Stadt und so viel man hört, auch das Land, Gott sei Dank! verschont geblieben.

Amerika.

Durch ein vom Kriegsminister der Vereinigten Staaten erlassenes Dekret sind alle telegraphischen Mittheilungen über Militär-Operationen, die nicht ausdrücklich von dem Kriegs-Departement, dem Oberfeldherrn oder den commandirenden Generalen der verschiedenen Departements erlaubt werden, unbedingt verboten. Alle Zeitungen, welche Kriegereignisse mittheilen aus irgend einer Quelle, deren Mittheilung nicht durch die vorerwähnten Behörden gestattet ist, sollen in Zukunft weder telegraphische Berichte erhalten, noch auf Eisenbahnen befördert werden. Wie die „New-Yorker Handels-Zeitung“ schreibt, waren nur zu oft die wichtigsten Pläne durch Verrath verrath worden, der unter der Gestalt der „Neuesten Nachrichten“ vom „New-York Herald“ verübt wurde. Ein kürzlich in Haft genommen Redacteur dieses Blattes sei eigens dazu nach Washington geschickt worden, um wichtige Militärgelheimnisse auszukundschaften, die dann zum Nutzen der Rebellen im „Herald“ veröffentlicht wurden. Jefferson Davis habe sich kaum die Mühe genommen, durch Espione Nachrichten einzuziehen, da er alles, was er wissen wollte, aus den über Port Tobacco nach dem Süden gepackten Exemplaren des „New-York-Herald“ erfuhr.

Ueber die mexikanische Expedition der drei Mächte Frankreich, England und Spanien gibt ein Pariser Correspondent der „Frankfurter Postzeitung“ nachstehende berichtende Bemerkungen. Unter den commandirenden Generalen herrscht kein Zwist, sondern vollkommene Einigkeit in Bezug auf Alles, was die militärischen Operationen betrifft. Die Angabe, daß Frankreich in Madrid die Ausrückung des Generals Prim gefordert habe, ist unwar, und eben so wenig hat das französische Cabinet verlangt, daß demselben von seiner Regierung neue Instruktionen zugesandt werden sollen. Der Gesundheitszustand der Expeditionstruppen läßt allerdings Manches zu wünschen übrig; doch ist die Zahl der Krankheitsfälle, wenn man die climatischen Einflüsse in Betracht zieht, nicht allzugroß. Jedemfalls ist die Angabe eines spanischen Blattes, es habe den französischen Soldaten bei ihrer Landung in Veracruz an Lebens- und Transportmitteln gefehlt, eine Erdichtung. Die allirten Truppen wurden bisher von der Bevölkerung nicht unfreundlich aufgenommen; den neuen Nachrichten zufolge sind dieselben jetzt schon vor der Hauptstadt angelangt. Daß der Marschall MacMahon nach Mexico geschickt werden soll, entbehrt jeder Begründung.

„Diario marino“ schreibt ddo. Veracruz, 21. Febr., man sei übereingekommen, daß zu Drizaba zwischen zwei mexicanischen Ministern und den Allirten Unterhandlungen eingeleitet werden. Die Allirten werden Drizaba, Cordoba und Tehucuan aus Sanitätsrücksichten besetzen. Sollten die Unterhandlungen wegen Uneinigkeit abgebrochen werden, so werden sich die Allirten in ihre früheren Stellungen zurückziehen. Sobald die Allirten gegen die obgenannten Städte vorrücken, wird die mexicanische Fahne in Veracruz und S. Juan d'Ulloa an die Seite der englischen, französischen und spanischen Fahnen gepflanzt werden. Wenn die Unterhandlungen ungünstig endigen, versprechen die Mexicaner die Capitulation der Allirten zu respectiren und zu beschützen. Der Marsch der Allirten nach dem Innern wird unverweilt beginnen.

Zur Tagesgeschichte.

Feldzeugmeister Bentzel hatte (wie man dem „Vaterland“ aus Verona berichtet) am 14. den Anfall, daß bei einem Spazierritt das Pferd stolperte und stürzte und den Reiter zu Boden schleuderte. Der General trug glücklicherweise nur einige Hautabschürfungen an Stirn und Nase davon. — Der am Samstag in Berlin entsprungene Student Schöppe ist in Frankfurt a. M. wieder verhaftet worden. An dem von ihm bezugsnehmenden Orte im Berliner Schloß hat man in der That 3000 Zhr. in österreichischen Metalliques verpackt gefunden. — In Trzebeno wurde in der Nacht vom 13. auf den 14. der seit Anfang December im Gange befindliche Telegraph gestört. Die Thäter haben schon 600 Schritt hinter der Stadt ihr Zerstückwerk begonnen und 700 Schritt weit ausgebeutet. Auf diesem Räume haben sie nicht nur den Draht durch Zerreißen und Zerhacken mit Steinen vernichtet, sondern auch noch drei Isolirklöden ganz und andere mehr oder weniger zerhackt. Alles deutet darauf hin, daß diese Klöden nicht durch Werssen, sondern durch Ausschlagen mit Steinen vernichtet worden sind. Besonders scheint diesen Schluß die letzte Telegraphenlinie auf dem angegebenen Raum zu bestätigen, an deren Fuße ein stumpfanker Stein lag, der deutlich die Merkmale seines Gebrauchs trug; auch ein Splitter der Porcellanleiste lagen dicht die Stange herum. Die Frevler hatten zwei Stücke des vernichteten Drahtes quer über die Chaussee gezogen und die Enden um die Bäume gewickelt, und zwar ein Stück in

Mannshöhe und ein etwa 4 Fuß hoch, so daß beim ersten zwar Menschen aber kein Fußwerk, bei dem nur Kinder durchkriechen. Als der Befehl M. aus Ruß mit seiner Gattin um 11 Uhr nach Hause fuhr, hatten die Beschwärzte nicht lange auf Erfüllung ihres schändlichen Planes zu warten. Dem Kutscher wurde durch den Draht, den er nicht bemerkt hatte, das Gesicht verletzt, dann die Mütze vom Kopfe gerissen. Gegen den zweiten Draht zogen die Pferde so scharf an, daß die Halfter plagen und mehrere durch den Gegendruck der Pferde an dem Wagen zerbrach. Die Bäume haben vollständige Ringe in der Rinde. Auf Ermittlung der Thäter ist eine Prämie von fünfzig Thalern gesetzt. Der dem dortigen Magistrat übergebene, mit Blut besetzte Stein, deutet auf die Beschädigung der Hand eines der Thäter; vielleicht wird dieser geringfügige Umstand zur Entdeckung führen. Die Ermittlungen wegen der schon früher vorgekommenen Beschädigungen haben keinen Erfolg gehabt.

Der Redacteur eines königsberger Blattes theilt folgendes Handschreiben der Baronin von Profesch-Osten mit: „Sie sind ein Engel mit Eichenlaub. Friederike Gosmann.“ Der Redacteur, welcher der in Königsberg gastirenden Dame stets ein überauswundersames Lob spendete, hatte es gewagt, zu behaupten, daß ihm in irgend einer Rolle irgend eine andere Schauspielerin besser gefallen habe. Unmittelbar nach dem Erscheinen der bezüglichen Nummer erfolgte das obige Schreiben. Nachträglich melbet das betreffende Journal in einem Extrablatt, der Brief rühre nicht von der Gosmann her, deren affectirte und leicht erkennbare Handschrift „nachgeahmt“ worden sei. Vielleicht liegt hier ein diplomatischer Compromiß zu Grunde.

Ein weiblicher Dumolard. Einem Gerüchte zufolge wäre die Pariser Polizei durch Zufall einem weiblichen Dumolard auf die Spur gekommen, nämlich einem Mädchen in der Straße de petit carreau, welches, wie es scheint, schon seit mehreren Jahren seine Opfer in einer Wohnung lockt und sie dort von Helfershelfern berauben, ermorden und dann stückweise aus dem Hause schaffen ließ. Dieser Tage, so erzählt man einer Correspondenz des „Vaterl.“, zufolge in Paris, habe ein junger Mann unter dem Belte einen Arm bemerkt. Er hatte so viel Geistesgegenwart, das Mädchen wegzuschieben, um Champagner zu holen. Als er sodann fliehen wollte, war die Thür verschlossen. Das Mädchen brachte den Champagner, der junge Mann aber erklärte laßend, daß sie nichts verstehe und eine schlechte Sorte gewählt habe, — er wolle andern holen. — Vergebens versuchte das Mädchen ihn davon abzuhalten — er ging weg und kehrte mit der Polizei zurück.

Zum deutschen Schützenfeste in Frankfurt werden großartige Vorbereitungen getroffen. Die Festhalle wird 350' lang und 160' breit; die Schießhalle 1.000' lang und 50' breit; der Cabarettempel hat 70' Durchmesser und eine Höhe von 120'. Während der Festtage erscheint eine Zeitung mit dem Titel „Officielle Festzeitung“ und wird im Auftrage des Centralcomitês von Dr. J. B. v. Schweizer redigirt werden. Zur Bedienung in der Festhalle, in Küche und Keller, so wie in den beiden Pavillons für Eis und Conditorei wird ein Personal von circa 370 Mann bestellt; nämlich 30 für Bureau, Controle und Cassa; 12 Köche und Kochfräulein; 20 Sectionsköche, 150 Aufwärter, 20 Metzger, 30 Rüfer, 80 Mädchen für Anstalt in der Küche, 20 Tagelöhner für das Reinigen der Services u., 8 für dergleichen Arbeiten in den Pavillons. Wegen der gemeinschaftlichen Mittagessen und der Restauration für den Abend wird in der Küche ein Bratenofen errichtet, in welchem 25 Käiber auf einmal gebraten werden können, 24 große Kessel dienen zum Kochen des Fleisches, der Kartoffeln und der Gemüse. Eine Weilage zu dem Gemüße erfordert eine Fleischmasse von 3 bis 4 Centnern. Hr. Gonditor Knecht wird mit 8 Gefäßen täglich gegen 400 Stück große Sorten liefern. Nach der Tafel werden bis auf 3000 Tassen Kaffee geliefert, und für den Abend soll die Küche im Stande sein 10,000 Portionen Essen zu liefern, wovon ca. 2000 warm abgegeben werden müssen. Das Bäckerhandwerk hat die tägliche Lieferung von 16,000 Stück Bröden und 1000 Stück dreifünfteliger Laibe Brod, übernommen. Um die Preise nicht in die Höhe zu treiben will das Metzgerhandwerk für den Consum in der Festhalle 300 Käiber aus der Fremde beziehen. Im Keller sind die Vorräthe auf einen täglichen Verbrauch von 30,000 Flaschen Wein berechnet; eine eben so große Anzahl von Seiden Bier soll in Bereitschaft gehalten werden — ein Quantum, welches das Comité vor Vorwürfen und den Keller vor einer „freundlichen“ Eroberung bewahren dürfte.

Loce- und Provinzial-Nachrichten.

Kraun, 22. März. * Wiener Blätter brachten eine Mittheilung aus Larnów, wonach die dortigen k. k. Kreisgerichtsräthe bezüglich der Rede des Dr. Zbilskiewicz im Abgeordnetenhause die Erhebung eines Protestes beabsichtigt hätten und aus diesem Anlasse einer der Herren Ráthe sich habe hören lassen: „ja, meine Herren, es ist traurig aber wahr“. Von Seite des k. k. Kreisgerichtes Larnów wird diese Mittheilung jetzt als unrichtig bezeichnet. * Wie der „Dziennik Polski“ erfährt, hat der bekanntlich zu zwei Jahren Gefängnis verurtheilte Redacteur des „Glos“, Dr. Sigmund Karczowski, am 19. d. seine Haft angetreten. Die Zeit der bisherigen halbjährigen Untersuchungshaft ist ihm angerechnet worden.

Handels- und Börsen-Nachrichten.

Bei der am 18. März 1862 vorgenommenen Verlosung des graflich Michael Esterházy'schen Anlehens von 750,000 fl. C. M. sind folgende zwanzig Stück Partial-Obligationen à 1000 fl. C. M. welche am 30. Juni 1862 baar angesetzt werden, gezogen worden: Nr. 31 42 88 101 106 111 179 200 209 247 265 404 417 511 562 581 602 610 722 747.

Breslau, 18. März. Die heutige Presse sind (für einen preussischen Scheffel d. i. über 14 Garnez in Pr. Silbergroßen — 5 kr. dt. W. außer Agio):

Weißer Weizen	84	—	87	80	70	—	75
Gelber	83	—	86	80	70	—	75
Roggen	59	—	60	58	53	—	55
Gerste	38	—	40	37	34	—	36
Hafers	26	—	28	24	22	—	23
Erbsen	53	—	56	51	44	—	47
Rübsen (für 150 Pfd. brutto)	—	—	—	—	—	—	—
Sommertraps	—	—	—	—	—	—	—

Preise des Kleinsamens (für ein Zollentner = 89 $\frac{1}{2}$ Wien. Pfd. in Pr. Thalern = 1.57 $\frac{1}{2}$ kr. dt. W. außer Agio):

Weißer Kleinsamen:	bester	19	—	19 $\frac{1}{2}$	—	13 $\frac{1}{2}$	—	13 $\frac{1}{2}$
	guter	17	—	18	—	12 $\frac{1}{2}$	—	12 $\frac{1}{2}$
	mittlerer	13	—	15	—	10	—	11
	schlechter	10	—	12	—	7 $\frac{1}{2}$	—	9

Berlin, 20. März. Freiein. Anl. 101 $\frac{1}{2}$. — Spere. Met. 51 $\frac{1}{2}$. — 1854er Lose 66 $\frac{1}{2}$. — National-Anlehen 61 $\frac{1}{2}$. — Staatsbahn 133 $\frac{1}{2}$. — Credit-Act. 75. — Cred. Lose fehlt. — Wien 73 $\frac{1}{2}$.

Frankfurt, 20. März. Spere. Met. 49 $\frac{1}{2}$. — Wien 85 $\frac{1}{2}$. — Bankactien 712. — 1854er Lose 64 $\frac{1}{2}$. — National-Anlehen 59 $\frac{1}{2}$. — Staatsbahn 234. — Cred. Act. 73 $\frac{1}{2}$. — 1860er Lose 68.

Paris, 20. März. Schlusscourse: Spere. Rente 69.85. — 4 $\frac{1}{2}$ perc. 97.80. — Staatsbahn 506. — Credit-Mobilier 770. — Lomb. 545. — Consols mit 94. gemeldet. Haltung fest, wenig Geschäft.

Wien, 21. März. National-Anlehen zu 5% mit Jänner Coup. 84. — Geld, 84.20 Waare, mit April-Coup. 84.50 Geld. 84.60 Waare. — Neues Anlehen vom J. 1860 zu 500 fl. 92.90 Geld, 93. — Waare, zu 100 fl. 97.50 Geld, 97.75 Wa. — Galizische Grundentlastungs-Obligationen zu 5%. 69.50 C. 70. — W. — Aktien der Nationalbank (Pr. Stück) 826 — C. 828. — W.

— der Kredit-Anstalt für Handel und Gew. zu 200 fl. 87err. Währ. 203.40 C. 203.50 W. — der Kaiser Ferdin. Nordbahn zu 1000 fl. C. M. 2169. — C. 2170. — W. — der Galiz. Karlbahn-Bahn zu 200 fl. C. M. m. 180 (90%) Einz. 196.50 C. 197. — W. — Wechsel auf (3 Monate). Frankfurt a. M. für 100 Gulden f. d. W. 115.65 C. 115.75 W. — London, für 10 Pfd. Sterling 136.65 C. 136.75 W. — R. Münzkupferten 648 C. 649 W. — Kronen 18.85 C. 18.86 W. — Napoleond'ors 10.90 C. 10.92 W. — Russ. Imperiale 11.17 C. 11.18 W. — Vereinskupfer 2.04 C. 2.04 $\frac{1}{2}$ W. — Silber 135.75 C. 136. — W.

Krautauer Cours am 21. März. Silber-Rubel Agio fl. p. 113 verlangt, fl. p. 111. — Poln. Banknoten für 100 fl. 67err. Währung fl. p. n. 3 5 verlangt, 349 bezahlt. — Preuss. Courant für 150 fl. 67err. Währ. Thaler 74 $\frac{1}{2}$ verlangt, 73 $\frac{1}{2}$ bezahlt. — Russ. Silber für 100 fl. 67err. Währ. fl. 135 $\frac{1}{2}$ verlangt, 134 $\frac{1}{2}$ bez. — Russische Imperiale fl. 11.18 verlangt, 11.04 bezahlt. — Napoleond'ors fl. 10.95 verlangt, 10.81 bezahlt. — Vollwichtige holländische Gulden fl. 6.40 verl., 6.32 bezahlt. — Vollwichtige österr. Rand-Gulden fl. 6.48 verl., 6.40 bezahlt. — Poln. Pfandbriefe nebst l. Coup. fl. p. 102 $\frac{1}{2}$ verl., 101 $\frac{1}{2}$ bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst l. Coup. in österr. Währung fl. 81 $\frac{1}{2}$ verl., 80 $\frac{1}{2}$ bez. — Galizische Pfandbriefe nebst l. Coup. in österr. Währung fl. 85 verl., 84 $\frac{1}{2}$ bezahlt. — Grundentlastungs-Obligationen in österreichischer Währung fl. 71 $\frac{1}{2}$ verlangt, 71 $\frac{1}{2}$ bezahlt. — National-Anleihe von dem Jahre 1854 fl. 67err. Währ. 84 verl., 83 bez. — Aktien der Carl-Ludwigsbahn, ohne Coupons und mit der Einzahlung 90% fl. 67err. Währ. 198 $\frac{1}{2}$ verl., 196 $\frac{1}{2}$ bez.

Neueste Nachrichten.

Wien, 21. März. Das Herrenhaus beschloß sich heute wieder mit der Berathung des Lebensgesetzes. Bei der Abstimmung wurden sowohl die Anträge der Majorität auf durchgängig imperative, dann der eventuelle auf theilweise imperative, theilweise facultative, dann der der Minorität auf durchgängig facultative Auflösung des Lebensbundes abgelehnt; es kommt hierauf der Entwurf des Abgeordnetenhauses zur Verhandlung. Nach Verlesung desselben wird die Sitzung geschlossen. Nächste Sitzung morgen.

Die „Dest. Z.“ schreibt: Die Gerüchte über Beschlüsse im Finanzauschusse wegen Staatspapiergeld glauben wir dementiren zu können. Der Finanzauschuss war noch nicht in der Lage, einen Beschluß darüber fassen zu können. Wenn die Section des Ausschusses, in deren Ressort diese Angelegenheit gehört, auch der Emission von Staatspapiergeld in reise Erziehung zieht, so ist darauf hinzuweisen, daß der Finanzminister selbst diese Eventualität als Alternative seines Projectes darstellte.

Ueber das Befinden des Herr F.M. Fürsten v. Windischgrätz ist heute folgendes Bulletin erschienen: Die Er schöpfung des hohen Kranken hat seit gestern so sehr zugenommen, daß in jedem Momente das Neufest zu befürchten ist. Er. Heiligkeit der Paps hat in einer heute Nacht entworfenen Depesche an den Nuntius den am Krankenbette des Fürsten weilenden Priester ermächtigt, dem hohen Kranken den apostolischen Segen mit vollkommenem Abkraf zu ertheilen.

Zara, 20. März. Die Türken haben gegen Grab aus eine Recognoscirung vorgenommen und sich dann wieder in ihre Stellungen zurückgezogen. Auch die Insurgenten unter Bukalovich haben ihre Stellung bei Setteniza und auf den Höhen gegen Grabowo, so wie die Verbindung mit der Suttorina nicht aufgegeben. Sie erwarten Verstärkungen von den Montenegroirern.

Waris, 21. März. Im gesetzgebenden Körper wurde die Gesamtadresse mit 244 gegen 9 Stimmen angenommen.

Turin, 20. März. Die Gerüchte über die Ernennung des Herrn Farini zum Minister des Aeußeren sind unrichtig.

Der „Perseveranza“ von Mailand zufolge wird gegen Campanilla wegen der aufrührerischen Rede, die er in der Provedimento-Versammlung in Genova hielt, ein Proceß anhängig gemacht.

Syra, 17. März. Die Ordnung ist durch die königlichen Truppen hergestellt. Auch die Aufständischen, welche nach Kydnos gegangen sind um die Staatsgefangenen zu befreien, wurden von der k. Fregatte „Amalie“ angegriffen und auf die Insel zurückgeworfen, wo sie im Gefechte dort erlagen und sich ergaben. Eine Deputation ist aus Nauplia in Athen eingetroffen, um die Gnade des Königs zu erbitten.

Neueste levantinische Post. (Mittels des Lloyd-Dampfers „Stadium“ am 20. März in Trieste eingetroffen.) Konstantinopel, 15. März. Das Reichsbudget, dessen Veröffentlichung bevorsteht, schlägt die Einnahmen auf 15. Millionen Pfd. St., die Ausgaben auf 14 Millionen Pfd. St., den Ueberschuß der Einnahmen in runder Zahl auf 800,000 Pfd. St. an. Dilaver Bei, bisheriger Kommandant des adriatischen Geschwaders, vom Kontré-Admiral Dmer Pascha abgelöst, ist hier angekommen. J. Salonich sollen zwei Regimenter Redifs zum Dienste an der griechischen Grenze einberufen werden. Abdi Pascha wurde an die Stelle Icherkes Ali Paschas, welcher Kommandant in Janina wurde, zum Befehlshaber der Truppen an der griechischen Grenze ernannt. Die Telegraphenlinie von Monastir soll bis an die griechische Grenze verlängert werden; Bosna-Seraij wird durch eine neue Linie mit der Hauptstadt in Verbindung gesetzt. Am 19. d. M. soll hier eine anti-päpstliche Demonstration und ein Subscriptionstiner zu Ehren Garibaldi's stattfinden. Die kleine Stadt Zernovo und 22 Dörfer jener Gegend, zusammen 4000 Familien, sind zur untern Kirche übergetreten.

Nach dem „Journal de Constantinople“ ist die ungefähr 25—30,000 Mann betragende Einberufung der Redifs zur Ergänzung der Kadres bestimmt, welche in den letzten Jahren wegen Finanzschwierigkeiten vermindert worden waren.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. A. Vojeft.

Verzeichniß der Angekommenen und Abgereisten vom 21. März.

Angekommen sind die Herren Gutsbesitzer: Heinrich Graf Potocki und Stanislaus Wrozynecki aus Polen; Maximilian Baron Brunicki aus Przyszowa, Franz Ráth aus Galizien. Abgereist sind die Herren Gutsbesitzer: Stanislaus Bialobrzest nach Galizien, Joseph Domin nach Wilanowice, Anton Krawulski nach Polen, Felix Wujcikowski nach Sandez.

N. 2767. E d y k t. (3624. 3)

Przez c. k. Urząd powiatowy jako Sąd w Radłowie podaje się do publicznej wiadomości, że przed 27 laty umarła Rozalia Bochenek właścicielka gospodarstwa rustykalnego w Dęblinie pod Nr. 10.

Sąd nieznając pobytu Łukasza Bochenek syna zmarłej, wzywa tegoż, ażeby w przeciągu roku jednego tu w Sądzie zgłosił się i swoje oświadczenie wniósł, gdyż inaczey pertraktacya masy z spadkobiercami, którzy się do spadku zgłoszą i z kuratorem dla nieobecnego ustanowionym Jędrzejem Kądziewskim przeprowadzoną zostanie.

Z c. k. Urzędu powiatowego jako Sądu. Radłów, dnia 10 grudnia 1861.

L. 660. E d y k t. (3619. 3)

C. k. Sąd delegowany miejski w Krakowie zawiadamia niniejszym nieobecnego i z miejsca pobytu niewiadomego Feliksa Lipnickiego, iż w dn. 17 stycznia 1862 l. 660 p. Maciej Fiszer wniósł przeciwko temuż pozw egzekucyjny względem zapłacenia sumy 256 zlr. mk. czyli 268 zła. 80 cent. z przynal. w skutek czego pozwanemu zapłacenie sumy powyższej poleconem zostało.

Gdy atoli miejsce pobytu p. Feliksa Lipnickiego jest niewiadomem, przeto ustanawia się dla pozwanego na jego koszt i niebezpieczeństwo kuratora w osobie pana adwokata Dra Koreckiego z zastępstwem p. adwokata Dra Szlachetowskiego polecając temuż, aby wspomnianego Feliksa Lipnickiego według przepisów prawa zastępował.

C. k. Sąd delegowany miejski. Kraków, dnia 3 marca 1862.

N. 3194. E d y k t. (3613. 3)

C. k. Sąd obwodowy w Nowym Sączu uwiadomia niniejszym i na ręce ustanowionego kuratora w osobie p. adwokata Zajkowskiego z miejsca pobytu niewiadomego p. Wincentego Aleksandra dw. im. Gabora, iż temuż jako legataryuszowi p. Hipolit Reklewski wytoczony przeciw sobie przez p. Klemensa Gadomskiego proces o zapłacenie legata w ilości 500 zlr. mk. i oznajmił iż dotychczas rezolucyę sądowę z dnia 19 sierpnia 1861 z 18 września i 30 października 1861 do l. 3194 doręcza się p. kuratorowi a zarazem termin do obrony z zastrzeżeniem prawa przeglądu oryginałów alegatów pozwu odracza się na dzień 7go maja 1862 godzinę 10tą zrana wzywając pana Wincentego Aleksandra dw. im. Gabora ażeby na przyszłym terminie lub osobiście lub przez obranego przez siebie zastępcę stanął i swe oświadczenie prawne uczynił, albo ustanowionemu kuratorowi informacyę dał, gdyż z zaniedbania tego terminu wypływające skutki przypisałby sam sobie.

Z rady c. k. Sądu obwodowego. Nowy Sącz, dnia 27 lutego 1862.

L. 1805. E d y k t. (3612. 3)

C. k. Sąd obwodowy Tarnowski uwiadomia niniejszym, iż w drodze egzekucyjny wyrok z dnia 12 stycznia 1857 l. 6221 na zaspokojenie wygranej przez Rozalię Hochleitner przeciw Leibie Reichsthalerowi sumy 5000 zlr. mk. a względnie na zaspokojenie jeszcze resztującej, p. Emanuelowi Voigt odstapionej kwoty 2241 zła. 45% c. z przynal. przymusowa sprzedaż części realności pod L. Cons. 54 w Tarnowie w mieście leżących Leiby Reichsthalera własnych w drugim terminie t. j. na dniu 24 kwietnia 1862 o godzinie 10 przedpołudniem pod następującymi warunkami w tym Sądzie przedsięwzięta będzie:

- 1. Za cenę wywołania stanowi się wartość rzeczonych części realności w drodze sądowego oszacowania w sumie 2527 zła. 11 cent. wyprzedzona.
2. Chęć kupna mający winien jest 10% ceny szacunkowej w okrągłej kwocie 250 zła. tytułem zakładu w gotówce lub w listach zastawnych Towarzystwa kredytow. galic. lub w publicznych na okaziciela brzmiających obligacyach długu Państwa podług ostatniego kursu, wszakże nigdy nad wartość nominalną licząc do rąk komisji licytacyjnej złożyć.
3. Na terminie wyz. oznaczonym będą sprzedane rzeczzone części realności pod L. k. 54 tylko wyżej lub za cenę szacunkową, dla tego więc na wypadek, gdyby nikt nawet ceny szacunkowej nieofiarował, do wniesienia ułatwiających warunków celem rozpisanie nowej licytacji termin na dzień 25go kwietnia 1862 o godzinie 10tej przedpołudniem wyznacza się, na którym wierzyciele tabularni stanąć winni, że nieobecni jako przystępujący do większości głosów stawających uważani będą.
4. Celem przejrzania reszty warunków licytacyjnych i aktu oszacowania sprzedać się mających części nadmienionej realności odsęła się chęć kupna mających do tut. sądowej

registratury, względem ciężarów hipotecznych do ksiąg gruntowych, zaś względem podatków i ciężarów publicznych do c. k. Urzędu poborowego i do kasy miejskiej.

O czem obie strony wierzycieli hipotecznych, z miejsca pobytu wiadomych do rąk własnych, niewiadomych zaś z życia i miejsca pobytu jako: Wincentego Weebers, Jakóba i Beile Galicier, Eliasza Traugott, Malke albo Meehle Traugott, spadkobierców Malki i Leiby Reichsthalerów, Chanę Rappaport, Herscha Rubina, Wolfa Jakobsohna, Wolfa Bibelmana, Wolfa Rebhana, Lazara Weindlinga, Wolfa Dawida Gertnera, Mojżesza Laufera, Herscha Hofjuda, Esterę Sommer, Sarę Taffel, Maryę albo Maryannę z Sieklowskich Glixellowa, małoletnich Ryfke, Leje i Lazara Reichsthalerów, Leopolda Nagel, Abrahama Westreich, Wolfa Mikołajewicza, Herscha Leiba Kartagenera, Leibe Goldberga, Antoniego Steigera, Teresę Stelzer, Leopolda Wallnera, Józefa Pfennigbergera, Izaka Kurza, wszystkich tych wierzycieli którzyby po dniu 17 lipca 1861 do ksiąg gruntowych z swemi pretensjami ce do sprzedać się mających części rzeczonych realności weszli, jakoteż tych wierzycieli którzyby niniejsza uchwała albo wcale, lub niedosć wcześniej doręczoną być mogła, przez kuratora dekretem tut. sądu z dnia 1 października 1861 do l. 12188 w osobie adwokata p. Dra Rosenberga z zastępstwem p. adwokata Dra Hoborskiego zawiadamia się.

Z rady c. k. Sądu obwodowego. Tarnów, dnia 19. lutego 1862.

N. 4607. Obwieszczenie. (3620. 2-3)

C. k. Urząd powiatowy jako Sąd w Chrzanowie niniejszym wiadomo czyni, iż na żądanie p. Zuzanny Drachne imieniem własnem i imieniem małoletnich dzieci Władysława i Maryanny Drachnow jako spadkobierców s. p. Jana Drachnego odbędzie się w dalszem wykonaniu prawomocnych wyroków byłego c. k. Trybunału Krakowskiego z dnia 23 czerwca 1854 i 27 września 1854 publiczna przymusowa sprzedaż realności pod L. 86 i 97 w Chrzanowie położonych, p. Samuela Guttera a właściwie Daniela Guttera własnych,

na zaspokojenie należnej niegdys s. p. Janowi Drachne, a teraz p. Zuzannie Drachne tytułem wspólności i małoletn. Maryannie i Władysławowi Drachnym tytułem spadku przypadłej sumy 6000 zlp. w monecie grubey srebrnej kurant polskiej, w stanie biernym powyższych realności według księgi gł. Gm. XVII. vol. nov. 3 pag. 391 n. 12 oner. i pag. 77 n. 2 oner. zahipotekowanej wraz z 8% od dnia 7 maja 1850 jakoteż i kosztami egzekucyjnymi w umiarkowanej kwocie 35 zła. ch cent. przyznanemi, po ustanowieniu zwalniającego 48 warunków od tych pod któremi rzeczzone realności dnia 22 listopada i 23 grudnia 1861 sprzedane być miały, które warunki brzmią:

- 1. Sprzedaż ta odbędzie się na jednym terminie, a mianowicie na dniu 14 kwietnia 1862 o godzinie 10tej zrana w tutejszym Sądzie powiatowym.
2. Cenę wywołania stanowi wartość szacunkowa rzeczonych realności w kwocie 7158 zła. 50 cent. i realności te na powyższym terminie i niżey wartości szacunkowej sprzedanemi będą.
3. Chęć kupna mający winien jest przed rozpoczęciem licytacji do rąk komisji licytacyjnej wadium w kwocie 500 zła. w gotówce lub w papierach publicznych c. k. austriackich, lub też w galicyjskich listach zastawnych wraz z kuponami, według kursu ostatniego, który chęć kupna mający wykaże będzie winien złożyć, które wadium nabywcy, jeżeli zostanie złożonem w gotówce lub na takąw wymienione, w cenę kupna wliczonem, innym zaś licytującym natychmiast po ukończonej licytacji zwróconem będzie.
4. Wyciąg hipoteczny i akt oszacowania wzmiankowanych realności, jakoteż resztę warunków niniejszej licytacji winien jest w tutejszym c. k. Sądzie powiatowym przejrzeć, zaś co do podatków i innych danin publicznych, jakoteż powinności gminnych na rzeczonych realności ciężających, odsęła się chęć kupna mających do tutejszego c. k. Urzędu powiatowego. Chrzanów, dnia 8 marca 1862.

Wiener - Börse - Bericht

Table with columns for various securities and their prices, including 'In Oest. B. zu 5% für 100 fl.', 'Aus dem National-Anlehen zu 5% für 100 fl.', etc.

Table titled 'B. Der Kronländer' listing prices for various bonds and securities from different provinces.

Table titled 'Actien' listing prices for various stocks and shares, including 'Nationalbank', 'Kredit-Anstalt für Handel und Gewerbe', etc.

Table titled 'Wandbriefe' listing prices for various promissory notes and certificates.

Table titled 'Kofe' listing prices for various coffee and commodity items.

Table titled '3 Monate' listing prices for various 3-month financial instruments.

Table titled 'Cour der Geldsorten' listing exchange rates for various currencies.

Table titled 'Abgang und Ankunft der Eisenbahnzüge' listing train departure and arrival times.

Table titled 'Abgang' listing specific train departure schedules.

Table titled 'Ankunft' listing specific train arrival schedules.

Table titled 'K. k. Polnisches Theater in Krakau' listing theater performance details.

Table titled 'Zum ersten Mal: Klothilde de Valery' listing theater performance details.

Table titled 'Frauenwache' listing theater performance details.

Table titled 'Buchdruckerei-Geschäftsleiter: Anton Rother' listing publication information.

K u n d m a c h u n g

der kais. königl. privil. galizischen



C A R L L U D W I G - B A H N.

Außer den in der hierseitigen Kundmachung vom 17. October 1861 genannten Waaren-Artikeln, werden von dem 25pCt. Nlgio-Zuschlage auf den allgemeinen Gebührentarif noch folgende Artikel befreit:

- a) Neuttscheiner Pritschken, welche von den Nordbahnstationen Zauchtl und Stauding, in Krakau zur Verfrachtung und nach Lemberg gelangen.
b) Getreide aller Art, als: Weizen, Roggen, Halbfucht, Gerste, Hafer, Kukuruz; dann Hülsenfrüchte, als: Erbsen, Linsen, Bohnen, Wicken, Hirse, Haide und Haidefaischa, welche in der Station Lemberg in vollen Wagenladungen von mindestens 100 Zoll-Centner zur Beförderung nach und über Krakau aufgegeben werden.
Wien, am 14. März 1862.

Von der k. k. priv. galiz. Carl Ludwig-Bahn.

K u n d m a c h u n g.

Mit 1. April d. S. werden die in Folge unserer Kundmachung vom 1. Juli 1861 für den directen Frachtenverkehr zwischen einigen Stationen der aussch. priv. Kaiser Ferdinands-Nordbahn und der priv. galiz. Carl Ludwig-Bahn in Wirksamkeit getretenen Spezial-Tarife außer Anwendung gesetzt, und zwar:

- A. Spezial-Tarif von Bielitz nach Krakau, Bochnia, Tarnów, Rzeszów, Jaroslau und Przemyśl, und umgekehrt.
B. Spezial-Tarif.
I. von Ostrau, Petrowitz und Pruchna nach Krakau, Bochnia, Tarnów, Rzeszów, Jaroslau und Przemyśl für Eisen und gemeine Eisenwaaren.
II. von Ostrau, Petrowitz und Pruchna nach Krakau, Bochnia, Tarnów, Rzeszów, Jaroslau und Przemyśl und umgekehrt, für rohe Erze aller Art.
C. Spezial-Tarif von Zauchtl und Stauding nach Krakau, Bochnia, Tarnów, Rzeszów, Jaroslau und Przemyśl, für Neuttscheiner Pritschken.
Hiernach treten mit 1 April d. S. für den Verkehr zwischen den genannten Stationen die allgemeinen Gebühren-Tarife der a. priv. Kaiser Ferdinands-Nordbahn und der priv. galiz. Carl Ludwig-Bahn, und bezüglich der letzteren Bahn auch die Bestimmungen in Betreff des 25pCt. Nlgio-Zuschlages wieder in Kraft.
Wien, am 14. März 1862.

galiz. Carl Ludwig-Bahn, Kaiser Ferdinands-Nordbahn.

Meteorologische Beobachtungen.

Table with columns for meteorological data: Tag, Barom.-Höhe, Temperatur, Spezifische Feuchtigkeit, Richtung und Stärke des Windes, Zustand der Atmosphäre, Erscheinungen in der Luft, Veränderung der Wärme im Laufe d. Tage.